

**Kleine Anfrage****Yanki Pürsün (Freie Demokraten)****Frühere Ankündigungen und Maßnahmen der Landesregierung für das Frankfurter Bahnhofsviertel****Vorbemerkung:**

Die Landesregierung hat seit Jahren Programme und Maßnahmen für das Frankfurter Bahnhofsviertel angekündigt. Angesichts der weiterhin angespannten Lage – die im Juni 2026 abermals zu einem Krisengipfel und einem neuen „Sofortprogramm“ geführt hat – ist offenzulegen, was von den früheren Ankündigungen tatsächlich umgesetzt wurde und mit welchem Ergebnis. Die Chronologie der Maßnahmen ist lang: Spätestens seit 2022 wurden die Polizeipräsenzmaßnahmen intensiviert. Im Februar 2024 startete die landesweite „Innenstadtoffensive gegen Kriminalität“ mit Schwerpunkt Bahnhofsviertel. Im März 2025 stellte die Landesregierung einen Sieben-Punkte-Plan vor. Im März 2026 folgte eine Zwischenbilanz, die „wichtige Etappenziele“ als erreicht erklärte. Nur drei Monate später sah sich dieselbe Landesregierung veranlasst, erneut ein „Sofortprogramm“ aufzulegen – was die Frage aufwirft, wie belastbar frühere Erfolgsbilanzen sind und welche strukturellen Defizite die bisherigen Programme nicht beheben konnten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen für das Bahnhofsviertel hat die Landesregierung seit 2020 öffentlich angekündigt?
2. Welche wurden davon vollständig umgesetzt?
3. Welche angekündigten Maßnahmen wurden nur teilweise oder gar nicht umgesetzt?
4. Welche Gründe benennt die Landesregierung hierfür?
5. Bei welchen Maßnahmen kam es zu erheblichen Verzögerungen?
6. Welche messbaren Ergebnisse haben die seit 2020 angekündigten Programme und Maßnahmen für das Frankfurter Bahnhofsviertel jeweils erzielt?
7. Welche Maßnahmen des Sofortprogramms vom 25. Juni 2026 wurden erstmals politisch beschlossen ohne bereits Bestandteil früherer Programme oder Ankündigungen zu sein?
8. Welche Kosten sind dem Land Hessen seit 2020 für die in Frage 1 genannten Maßnahmen jeweils entstanden?
9. Welche Maßnahmen wurden ohne abschließende Evaluation beendet?
10. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den Ergebnissen früherer Programme für die Ausgestaltung des aktuellen Sofortprogramms?

Wiesbaden, den 01.07.2026**Yanki Pürsün**

